



**NI = 1. Nachtrag
Stand: 08.03.2007**

An die
Mitglieder
des Kreistages

Gummersbach, den 08.03.2007

EINLADUNG KREISTAG

KT/001/2007

für Donnerstag, 15.03.2007, 15:00 Uhr

im Ratssaal der Stadt Gummersbach, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach

Tagesordnung

lfd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1.	Verkauf von RWE-Aktien	0051/2007/II
2.	Haushaltssatzung 2007 / Haushaltssicherungskonzept bis 2012 einschließlich Veränderungsnachweis mit den darin eingearbeiteten Anträgen zum Haushalt	0045/2007/II
NI	2.1. Entwurf Stellenplan 2007	0003/2007/LR/AV
NI	2.2. Schließung der Nebenstellen des Gesundheitsamtes in Waldbröl und Wipperfürth sowie des Amtes für Geoinformation und Liegenschaftskataster in Waldbröl	0064/2007/LR/AV
3.	Investitionsprogramm 2006 - 2010	0046/2007/II
4.	Finanzplanung 2006 - 2010	0047/2007/II
5.	Einrichtung einer Fachklasse "Bürokauffrau/Bürokaufmann" am Berufskolleg Oberberg - Kaufmännische Schulen - in Gummersbach	0038/2007/IV

6.	Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Öffnungszeiten für den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen für den Oberbergischen Kreis vom 18.03.2004	0041/2007/II
7.	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und Beiräten des Oberbergischen Kreises / Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten	
7.1.	Entsendung eines Vertreters der Jagdgenossenschaften in den Jagdbeirat bei der unteren Jagdbehörde	0004/2007/LR/AV
7.2.	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss	0048/2007/LR/AV
7.3.	Umbesetzung im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung	0063/2007/LR/AV
NI 7.4.	Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln	0006/2007/LR/AV
NI 7.5.	Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF) hier: Einrichtung eines "Arbeitskreises NKF" aus Vertretern von Politik und Verwaltung	0055/2007/II
NI 8.	abgesetzt	0026/2007/LR/AV
9.	Anträge	
9.1.	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.02.2007: "Bildung eines Demografie-Ausschusses"	0062/2007/V
NI 9.2.	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2007: "Auflösung des Personalausschusses"	0066/2007/LR/AV
10.	Anfragen	
10.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.02.2007: "Hilfe in Notfallsituationen"	0065/2007/II
11.	Mitteilungen	
11.1.	Bericht über die Ausführung früherer Kreistagsbeschlüsse	0050/2007/LR/AV
12.	Einwohnerfragen	
12.1.	Einwohnerfrage des Herrn Felix Staratschek vom 07.02.2007: "Streichung von Bahntrassen"	0058/2007/V

B Nichtöffentlicher Teil		
13.	Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH hier: Übernahme einer Ausfallbürgschaft	0056/2007/II
14.	Personalangelegenheiten	
14.1.	Mitteilung des Landrats über den Erhalt von Vergütungen für Nebentätigkeiten	0023/2007/LR/AV
14.2.	Übersicht über Gremien und Nebentätigkeiten des Landrats	0024/2007/LR/AV
15.	Grundstücksangelegenheiten	
16.	Vertragsangelegenheiten	
17.	Vergaben	
17.1.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 S. 3 Kreisordnung (KrO): hier: Anmietung eines Systemgebäudes für die ARGE Bergneustadt	0028/2007/II
18.	Anträge	
19.	Anfragen	
20.	Mitteilungen	
20.1.	Bericht über die Übernahme von Kreisaufgaben durch den Kreissportbund Oberberg e.V. hier: Erledigung von Aufgaben anstelle des Ausschusses für den Schulsport	

Bei Verhinderung bitte umgehend Herrn Steiniger –**02261 88-1912**– informieren.
Parkkarten können beim Schriftführer in Ausfahrtskarten getauscht werden.

Die gesamten Unterlagen des öffentlichen Teils der Sitzung können Sie auch über das Internet unter <http://session.obk.de/bi> abrufen. Sollten Sie über einen Zugang zum Kreistagsinformationssystem verfügen, können Sie auch den nichtöffentlichen Teil unter <http://session.obk.de/ri> einsehen.

gez.

Hagen Jobi
- Landrat -



Ergänzungs-Vorlage

Personalausschuss

Sitzungsdatum: 11.01.2007

Personalausschuss

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Kreisausschuss

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: E2-0003/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	2.1	- öffentlich -
Betreff: Entwurf Stellenplan 2007		
Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 mit einer Gesamtstellenzahl von 664,5 (Verminderung gegenüber 2006 um 5 Stellen).		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
☒ ja	☐ nein	☐ noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	☒ Verwaltungshaushalt	☐ Vermögenshaushalt
	☐ Mittel stehen zur Verfügung	☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Stellenplan

Der Entwurf des Stellenplanes 2007 lag dem Entwurf des Haushaltsplanes 2007 anlässlich dessen Einbringung in den Kreistag am 14.12.2006 als Anlage bei.

In Ergänzung hierzu wurden dem Personalausschuss in der Sitzung am 11.01.2007 die Unterlagen zur Beratung des Stellenplanes 2007 ausgehändigt und erläutert. Die Unterlagen wurden den übrigen Mitgliedern des Kreistages, die dem Personalausschuss nicht angehören, danach unverzüglich zugeleitet.

Nach dem Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007 wird sich die Gesamtzahl der Stellen erneut vermindern. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2006 ergibt sich im Saldo eine Reduzierung um weitere 4 Stellen, so dass sich die Gesamtzahl der Stellen beim Oberbergischen Kreis auf nunmehr 665,5 Stellen belaufen wird. Mit den Stellenplänen 2004 bis 2007 hat der Oberbergische Kreis damit insgesamt 34 Stellen abgebaut.

Auch die Stellenreduzierungen im Jahr 2007 basieren auf den Ergebnissen der Strukturierten Aufgabenanalyse bzw. sind Folge der weiterhin äußerst restriktiven Personalbewirtschaftung.

Dem Abbau von insgesamt 9,5 Stellen steht die Notwendigkeit gegenüber, im Stellenplan 2007 5,5 zusätzliche Stellen einzurichten, so dass sich im Saldo eine Reduzierung um 4 Stellen ergibt.

Die Stelleneinsparungen betreffen die verschiedensten Bereiche der Verwaltung, wie

- Zentrale Dienste
- Reinigungsdienst
- Umweltamt
- Kreis- und Regionalentwicklung
- Bauamt
- Vermessungs- und Katasteramt

Die Notwendigkeit personelle Verstärkungen vorzunehmen, ergibt sich in folgenden Bereichen:

- Amt für Finanzwirtschaft und Kommunalaufsicht
- Kreispolizeibehörde

- Amt für Soziale Angelegenheiten
- Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
- Jugendamt

Erläuterungen zu den Weniger- bzw. Mehr-Stellen sind den Unterlagen zur Beratung des Stellenplanes 2007 zu entnehmen.

Personalausgaben

Die Personalausgaben für das Haushaltsjahr 2007 lt. Sammelnachweis 9301 sind gemäß Haushaltsentwurf mit 36.440.300 € veranschlagt; sie liegen damit um 360.800 € (= + 1 %) über dem Ansatz 2006.

Dem Ansatz liegen Weniger-Ausgaben durch Einsparungen insbesondere im Bereich der Sonderzuwendungen für Beamte und bei der Arbeitslosenversicherung sowie Mehr-Ausgaben u. a. durch Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen und Auswirkungen der weiteren Umsetzung des TVöD (Leistungsentgelte, endgültige Stufenzuweisungen, Strukturausgleich) zugrunde. Der weitere Stellenabbau kann in 2007 zu keinen Einsparungen führen, da die Personalabgänge aufgrund von Altersteilzeitregelungen den Personalkostenetat nach wie vor belasten, so dass Einsparungen erst mittelfristig wirksam werden. Im Saldo ergibt sich die Notwendigkeit, den Haushaltsansatz 2007 um 1 % zu erhöhen. Diese Steigerung basiert im übrigen auch auf den Orientierungsdaten des Landes, die eine 1 % - ige Erhöhung der Personalausgaben für das Jahr 2007 vorsehen.

Die Personalausgaben für die Jahre 2008 bis 2012 (Finanzplanungszeitraum) werden entsprechend den Vorgaben der Orientierungsdaten ebenfalls mit jeweils plus 1 % hochgerechnet.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass der Verwaltungshaushalt bei 17 Haushaltsstellen Erstattungen / Zuschüsse zu Personalausgaben von Dritten in Höhe von 1,37 Mio. € enthält, wodurch sich die Nettoausgaben der Personalbewirtschaftung auf rd. 35.070.300 € reduzieren. Darüber hinaus enthält der Stellenplan 10,5 sog. Fremdstellen. Dabei handelt es sich um Stellen, die der Kreis vorhält, um Aufgaben für Dritte wahrzunehmen.

Ziel für das Haushaltsjahr 2007 ist, die restriktive Bewirtschaftung der Personalausgaben fortzusetzen und insbesondere Einspareffekte durch folgende Maßnahmen zu erzielen:

- verzögerte Wiederbesetzung von künftig frei werdenden Stellen

- grundsätzlicher Verzicht auf die Einstellung von externen Kräften
- Zurückhaltung bei der Übernahme von Ausbildungskräften.

Ausbildungsplätze

Für das Ausbildungsjahr 2007 sollen **13** Ausbildungsplätze angeboten werden. Aufgrund der Zurückhaltung bei der Übernahme von Ausbildungskräften ist anzumerken, dass die Ausbildung aus heutiger Sicht nahezu ausschließlich über Bedarf erfolgt.

Das Ausbildungsplatzangebot für 2007 verteilt sich auf folgende Berufe:

- 5 Plätze im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst
- 2 Plätze im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst
- 4 Plätze im Sekretariatsdienst (Kaufrau/-mann für Bürokommunikation)
- 1 Platz zum/zur Informatikkaufmann/-frau
- 1 Platz zum Forstwirt

Im Vergleich hierzu wurden in 2006 ebenfalls 13 Ausbildungsplätze bereit gestellt.

Anträge der Kreistagsfraktionen zum Stellenplan 2007:

Zum Entwurf des Stellenplanes 2007 liegen die folgenden beim Tagesordnungspunkt 2 „Anträge“ nochmals gesondert ausgewiesenen Anträge der Kreistagsfraktionen vor:

1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007:
„Höhe der Personalausgaben 2007“
2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007
„kw-Vermerk für Amtsleiterstellen“
3. Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 13.02.2007:
„Reduzierung des zur Zeit 669,5 Stellen umfassenden Stellenplans um 5 Stellen im Stellenplan 2007 und weitere 7 Stellen in den Jahren 2008 und 2009“

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Jochen Hagt
-Allgemeiner Vertreter-



Ergänzungs-Vorlage

Kreisausschuss

Kreistag

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: E-0064/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	2.2	- öffentlich -
Betreff: Schließung der Nebenstellen des Gesundheitsamtes in Waldbröl und Wipperfürth sowie des Amtes für Geoinformation und Liegenschaftskataster in Waldbröl		
Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt die Auflösung der Nebenstellen des Gesundheitsamtes in Waldbröl und Wipperfürth sowie die Nebenstelle des Amtes für Geoinformation und Liegenschaftskataster in Waldbröl und die Zuführung der Aufgaben und des Personals in die Hauptstelle.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
☒ ja	☐ nein	☐ noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	☐ Verwaltungshaushalt	☐ Vermögenshaushalt
	☐ Mittel stehen zur Verfügung	☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Unter Bezugnahme auf den Ihnen vorliegenden Sachverhalt teilt die Verwaltung ergänzend mit:

Ein Verzicht auf die Nebenstellen des Gesundheitsamtes in Waldbröl und Wipperfürth ist aus der Sicht des Fachamtes möglich. In den Nebenstellen wird nur ein begrenztes Leistungsangebot vorgehalten. Im Rahmen des Amtsärztlichen Dienstes werden ärztliche Zeugnisse und Gutachten ausgestellt und es finden Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz statt. Im Rahmen des Jugendärztlichen Dienstes werden Kindergarten- und Schulkindern untersucht.

a) Amtsärztlicher Dienst

Die amtsärztlichen Aufgaben würden nach erfolgter Schließung der Nebenstellen Waldbröl und Wipperfürth in die Hauptstelle Gummersbach verlagert. Die Inanspruchnahme der amtsärztlichen Sprechstunden in den Nebenstellen ist verhältnismäßig gering. Die Sprechstunden müssen jedoch wöchentlich angeboten werden, da insbesondere die Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz im Zusammenhang mit der Arbeitsaufnahme kurzfristig gewünscht werden. In Waldbröl besuchen durchschnittlich 12,3 Personen die wöchentliche Sprechstunde, in Wipperfürth 13,3 Personen.

In der Hauptstelle des Gesundheitsamtes in Gummersbach findet die Sprechstunde zweimal wöchentlich (dienstags und freitags) statt. Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz werden täglich angeboten.

Im Falle der Verlagerung wären im Gesundheitsamt Gummersbach 5 Personen je Sprechstunde mehr zu untersuchen und arbeitstäglich 3,3 Personen gemäß § 43 Infektionsschutzgesetz zu belehren (siehe auch beiliegende Zahlen zum Amtsärztlichen Dienst).

Diese Mehrarbeit kann in der Hauptstelle aufgefangen werden, zumal dort nach Einführung einer neuen Software ab Oktober 2006 Arbeitsabläufe wesentlich optimiert werden konnten.

Die Klienten aus dem Nord- und Südkreis müssten im Falle der Schließung zwar längere Wege nach Gummersbach auf sich nehmen, andererseits bietet das Angebot der Zentralisierung des Amtsärztlichen Dienstes dem Bürger auch Vorteile. Die Hauptstelle ist ständig besetzt. Bei den Nebenstellen ist dies nicht

der Fall. Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz werden täglich ohne Voranmeldung durchgeführt. (Dies ist den Klienten wichtig, da die Arbeitsaufnahme meist unmittelbar ansteht).

Da der Kontakt zum Gesundheitsamt im Regelfall nur einmal im Leben des Bürgers besteht und diese durchweg im Erwerbsleben stehen, ist die Verlagerung nach Gummersbach - unter Inkaufnahme längerer Anreiswege - aus Sicht der Verwaltung zumutbar.

Im Übrigen ergeben sich durch die Verlagerung weitere Vorteile, wovon einige nachfolgend aufgelistet sind:

- Verringerung der Vertretungsproblematik
- Vereinheitlichung der Begutachtung
- Einheitliches Vordruckwesen
- Keine doppelte Archivierung
- Vereinfachung der Gebührenerhebung
- Einsparung bei den technischen Geräten
- Vereinfachte Kommunikation
- Spitzenbelastungen können besser abgefangen werden
- Einheitliches Impfangebot
- Bessere Fortbildungsmöglichkeiten

b) Jugendärztlicher Dienst

Im Jugendärztlichen Dienst sind Untersuchungen von Kindergarten- und Schulkindern durchzuführen (Fallzahlen siehe Anlage).

Die Untersuchungen sollen auch künftig weiterhin vor Ort stattfinden.

In den Fällen, in denen bisher Einschulungsuntersuchungen in den Nebenstellen Waldbrohl und Wipperfürth stattfinden, würde im Falle der Schließung der Untersuchungsort in Schulen am Ort - wie überwiegend in den anderen Gemeinden seit Jahren praktiziert - verlagert.

Bei den jugendärztlichen Untersuchungen ergeben sich somit für den Bürger keine Veränderungen.

Das Fachamt sieht vielmehr positive Aspekte. Durch die Synergieeffekte im

Amtsärztlichen Dienst wird Zeit gewonnen. Diese Zeitkapazität wird im Jugendärztlichen Dienst eingesetzt werden können. Dies gilt insbesondere für eine verstärkte Präsenz in den Kindergärten (mehr Untersuchungen, Sprechstunden, Kooperationen).

c) Aufsuchende Arbeit und Sprechstunden

Das Gesundheitsamt wird wie bisher bei alten und pflegebedürftigen sowie gehbehinderten Menschen Hausbesuche durchführen. Im Übrigen ist vorgesehen, eine wöchentliche Sprechstunde des Gesundheitsamtes vor Ort anzubieten. Erinnert wird daran, dass bereits jetzt auch ein Außensprechtag der Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle stattfindet.

Die Aufgabenerledigung des Gesundheitsamtes im Nord- und Südkreis wird auch nach der Schließung der Nebenstellen sichergestellt sein. Im Jugendärztlichen Bereich ergeben sich für die Eltern mit ihren Kindern keine Veränderungen. Für den erwachsenen Bürger bedeutet die Schließung längere Wege nach Gummersbach, die aber vertretbar erscheinen, da der Kontakt zum Gesundheitsamt im Regelfall nur einmal im Leben besteht.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Dr. Jorg Nürnberger
-Dezernent-

Fallzahlen „Schuluntersuchungen“

	NSt. Waldbröl		NSt. Wipperfürth		Gesamt	
	Kinder	Term.	Kinder	Term.	Kinder	Term.
Einschulung	570	48	770	64	1340	112
Entlaßunters.	200	10	300	15	500	25
Schülerpraktika	215		280		495	
Gesamt	985		1350		2335	
Zzgl.Sonderpädagog. Förderbedarf	50		70		120	

Durchschnittszahlen der letzten 5 Jahre

Fallzahlen

„Kindergartenuntersuchungen“

	NSt. Waldbröl	NSt. Wipperfürth
Hör- und Sehtest	300 Kinder	300 Kinder
Untersuchungen	90 Kinder	90 Kinder
Gesamt	390 Kinder	390 Kinder

Durchschnittszahlen der letzten 5 Jahre

Fallzahlen amtsärztlicher Dienst

Durchschnittliche jährliche Patientenzahlen/
Auslastung der Sprechstunden in den Nebenstellen

	NSt. Waldbröl	NSt. Wipperf	Haupt- stelle	Durchschnittlich zusätzlich in GM
Ärztl. Zeugnisse Gutachten	250	270	1530	5 pro Sprechstunde **
Belehrungen IfSG	390	420	1420	ca. 3,3 pro Tag ***
Impfungen			580	
Gesamt	640	690	3530	
Durchschnittlich je Sprechstunde	12,3*	13,3*		

* 52 Sprechstunden je Nebenstelle

** 104 Sprechstunden in Gummersbach

*** 250 Arbeitstage



Vorlage Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0006/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	7.4	- öffentlich -
Betreff: Umbesetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Kreissparkasse Köln		
Beschlussvorschlag: 1. Anstelle von KTM Reinhold Müller (FDP/FWO) wird KTM Birgit Hähn (FDP/FWO) als ordentliches Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kreissparkasse Köln gewählt. 2. Anstelle von KTM Jan Kristian Hoster (FDP/FWO) wird KTM Reinhold Müller (FDP/FWO) als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kreissparkasse Köln gewählt.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
☐ ja	☒ nein	☐ noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	☐ Verwaltungshaushalt	☐ Vermögenshaushalt
	☐ Mittel stehen zur Verfügung	☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Mit Datum vom 09.03.2006 wurde KTM Reinhold Müller (FDP/FWO) als ordentliches Mitglied sowie KTM Jan Kristian Hoster (FDP/FWO) als stellvertretendes Mitglied durch den Kreistag des Oberbergischen Kreises in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Kreissparkasse Köln gewählt.

Die FDP/FWO-Kreistagsfraktion hat die im Beschlussvorschlag aufgeführte Umbesetzung vorgeschlagen.

Gemäß § 35 Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 der Kreisordnung wird der Nachfolger eines ausgeschiedenen Mitglieds eines Gremiums durch den Kreistag gewählt.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Jochen Hagt
-Allgemeiner Vertreter-



Ergänzungsvorlage

Finanzausschuss

Sitzungsdatum: 26.02.2007

Kreisausschuss

Sitzungsdatum: 01.03.2007

Vorlage Nr.: E-0055/2007/II

Tagesordnungspunkt	11.4	- öffentlich -
Betreff: Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF) hier: Einrichtung eines "Arbeitskreises NKF" aus Vertretern von Politik und Verwaltung		
Beschlussvorschlag: Der Kreisausschuss nimmt die Einrichtung des „Arbeitskreis NKF“ zustimmend zur Kenntnis. Die Aufgaben des Arbeitskreises bestehen in der Festlegung/Überarbeitung des Produktplans, der Festlegung von Form und Umfang des Produkthaushalts („Politik-Haushalt“), der Beschreibung von Zielen und Zielvereinbarungen im Produkthaushalt, der Erarbeitung von Kennzahlen, der Festsetzung von Wertgrenzen der im Teilfinanzplan darzustellenden Einzelmaßnahmen bei Investitionen und weiterer sich nach Bedarf ergebender Aufgaben und Klärung von Einzelfragen. Der Arbeitskreis NKF setzt sich aus folgenden Personen zusammen:		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
☐ ja	☒ nein	☐ noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	☐ Verwaltungshaushalt	☐ Vermögenshaushalt
	☐ Mittel stehen zur Verfügung	☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Bereits in den Sitzungen des Finanzausschusses am 07.09.2006 und 23.11.2006 hat die Verwaltung ein Konzept zur Begleitung der NKF-Umstellung durch die Politik vorgestellt und vorgeschlagen, einen paritätisch besetzten „Arbeitskreis NKF“ mit je einem Vertreter der Kreistagsfraktionen und fünf Mitgliedern der Verwaltung zu besetzen.

Das Hauptaufgabenfeld des Arbeitskreises, der in regelmäßigen Abständen tagen soll, ist die Erarbeitung von Vorschlägen. Diese Empfehlungen werden dann – soweit erforderlich – im jeweiligen Fachausschuss behandelt. Im Einzelnen sind dies beispielsweise:

- Festlegung/Überarbeitung des Produktplans
- Form und Umfang des Produkthaushalts („Politik-Haushalt“)
 - o Haushaltsplan auf Produktbereichs-, Produktgruppen- oder Produkt-Ebene?
- Beschreibung von Zielen und Zielvereinbarungen im Produkthaushalt
- Erarbeitung von Kennzahlen
- Einzelfragen, z. B.
 - o Festsetzung von Wertgrenzen der im Teilfinanzplan darzustellenden Einzelmaßnahmen bei Investitionen

Die Mitglieder des Finanzausschusses sowie die Fraktionsgeschäftsstellen sind mit Schreiben vom 23.01.2007 gebeten worden, bis zum 22.02.2007 Vertreter für einen „Arbeitskreis NKF“ zu benennen.

In der Sitzung des Finanzausschusses am 26.02.2007 hat die CDU-Kreistagsfraktion vorgeschlagen, die Besetzung des Arbeitskreises durch Mitglieder der Politik annähernd entsprechend der Stärke der Fraktionen vorzunehmen. Danach soll die CDU-Kreistagsfraktion drei Mitglieder, die SPD-Kreistagsfraktion zwei Mitglieder und die übrigen Fraktionen je ein Mitglied stellen.

Da eine abschließende Einigung hierüber sowie über die Frage nach der Benennung von Stellvertretern nicht erzielt werden konnte, wurde die Thematik zur abschließenden Beratung an den Kreisausschuss verwiesen.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Werner Krüger
-Dezernent-



Antrag Kreistag

Sitzungsdatum: 15.03.2007

Vorlage Nr.: 0066/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	9.2	- öffentlich -
Betreff: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.03.2007: "Auflösung des Personalausschusses"		

Sehr geehrter Herr Landrat,

Der oberbergische Kreistag möge beschließen:

Der Personalausschuss wird aufgelöst. Die bisherigen Aufgaben des Personalausschusses werden dem Kreisausschuss übertragen.

Begründung:

Der Personalausschuss tagt grundsätzlich nichtöffentlich. In der letzten Personalausschusssitzung am 1.3.2007 standen jedoch nur Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung die nach der Kreisordnung in öffentlicher Sitzung zu beraten sind (siehe Anlage). Da die meisten Tagesordnungspunkte ohnehin schon in öffentlicher Sitzung des Finanzausschusses am 26.2.2007 beraten wurden, verlief die Sitzung sehr kurz und war nach 5 Minuten beendet.

Die Aufgaben des Personalausschusses können problemlos dem Kreisausschuss übertragen werden, dies erspart dem Kreis zudem Zusatzkosten (Sitzungsgelder, Fahrtkosten, Entschädigung von Verdienstausschlag, Verwaltungsaufwand).

Ebenso problemlos lassen sich – bei entsprechendem politischen Willen - die Aufgaben des Finanzausschusses auf den Kreisausschuss übertragen. In vielen Kommunen ist dies seit Jahren üblich.

gez.

Helmut Schäfer
Fraktionssprecher



An die
Mitglieder
des Personalausschusses

Gummersbach, den 14.02.2007

EINLADUNG PERSONALAUSSCHUSS

PA/002/2007

für Donnerstag, 01.03.2007, 14:00 Uhr

im Sitzungsraum im Erdgeschoss des Kreishauses, EG 27/28, Moltkestraße 42, 51643
Gummersbach

Tagesordnung

lfd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
B Nichtöffentlicher Teil		
1.	Entwurf Stellenplan 2007	E-0003/2007/LR/AV
2.	Anträge	
2.1	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007 „Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Verwaltungsfachangestellte – Übernahme von Nachwuchskräften als Verwaltungsangestellte“	
2.2	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007 „Personalaufwand“	
2.3	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007 „Personalentwicklungskonzept 2008 – 2015“	
2.4	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007 „kw-Vermerk für Amtsleiterstellen“	
2.5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.01.2007 „Pensionsrücklagenfonds“	

2.6	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.02.2007 „Konzept zur Absicherung zukünftiger Versorgungsleistungen des Oberbergischen Kreises“	
2.7	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.02.2007 „Auswirkungen des Verkaufs der RWE-Aktien bei folgenden Verwendungszwecken: - Erweiterungsbau Berufskolleg Wipperfürth - Einzahlung in einen Pensionsfonds für Beamte“	
2.8	Gemeinsamer Antrag der CDU- und FDP/FWO- Kreistagsfraktion vom 13.02.2007 Reduzierung der Anzahl der Stellen im Stellenplan 2007	
3.	Anfragen	
4.	Mitteilungen	

Bei Verhinderung bitte umgehend Herrn Welter –**02261 88-1106**– informieren.
Parkkarten können beim Schriftführer in Ausfahrtskarten getauscht werden.

Sollten Sie über einen Zugang zum Kreistagsinformationssystem verfügen, können Sie
auch den nichtöffentlichen Teil unter <http://session.obk.de/ri> einsehen.

gez.

Hagen Jobi
- Landrat -